

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	06.09.2018
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik	10.09.2018

### **Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Beschlussempfehlung aus der Sitzung am 29.05.2018 zu "In Rede stehende Dezernatsumbildung auf Basis der Kooperationsvereinbarung CDU / Die Grünen"**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat in ihrer Sitzung am 29.05.2018 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die Ausschüsse und den Rat wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist in allen Dingen, die sich aus der geplanten Dezernatsumbildung ergeben, vor einer endgültigen Entscheidung zu informieren, zu hören und an der Ausgestaltung zu beteiligen.
2. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird unverändert im Vorsitz von dem / der zuständigen Dezernenten / Dezernentin geführt. Im Verhinderungsfall kann der Vorsitz vertretungshalber übertragen werden.
3. Eine Herabstufung des Bereichs der Behindertenpolitik in der Verwaltungshierarchie darf nicht erfolgen. Die Dienststelle Diversity muss daher direkt der zuständigen Dezernatsleitung zugeordnet werden.“

Hierzu teilt die Verwaltung folgendes mit:

Die Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft kann nicht als Beschlussvorschlag der Verwaltung weitergeleitet werden, da sie sich auf Inhalte bezieht, die nicht der Beschlussfassung des Rates und seiner Ausschüsse unterliegen. Bei der Einrichtung eines Amtes für Integration und Vielfalt im Dezernat der Oberbürgermeisterin handelt es sich um eine Entscheidung in der Organisationsbefugnis der Oberbürgermeisterin. Der Beschluss wird dementsprechend als Empfehlung an die Verwaltung verstanden.

Die Verwaltung bedankt sich bei der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für deren intensive Befassung mit dem Thema und nimmt im Einzelnen wie folgt Stellung:

zu 1.)

Die erstmalige Mitteilung über die Einrichtung des neuen Amtes für Integration und Vielfalt (Stand 01.06.2018, 1828/2018) wird der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Sitzung am 10.09.2018 vorgelegt. Darin wird über die wesentlichen Rahmenbedingungen und die geplante Vorgehensweise informiert. Zum Sachstand August 2018 wird die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in einer separaten Mitteilung zur Sitzung am 10.09.2018 über aktuelle Entwicklungen und Zwischenergebnisse informiert.

Auf Bitte der Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wurden mit diesen bereits Gespräche durch die Leitung der Projektgruppe zur Bildung des neuen Amtes für Integration und Vielfalt geführt.

zu 2.)

Die Leitung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird aktuell durch die/den zuständige/n Fachdezernentin bzw. Fachdezernenten wahrgenommen. Diese Regelung soll beibehalten werden.

Nach der Neuorganisation bedeutet dies, dass zukünftig Frau Oberbürgermeisterin den Vorsitz in dieser Stadtarbeitsgemeinschaft übernehmen wird. Aufgrund der Aufgabenstellung und der Terminlage der Oberbürgermeisterin ist bereits im Vorfeld mit der Stadtarbeitsgemeinschaft besprochen worden, dass die Oberbürgermeisterin zu einem großen Teil vertreten werden muss. Soweit diese Vertretung zukünftig durch die Leiterin / den Leiter des neuen Amtes für Integration und Vielfalt wahrgenommen werden soll, muss die Geschäftsordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik entsprechend angepasst werden.

zu 3.)

Durch die Bildung eines Amtes für Integration und Vielfalt, das direkt im Dezernat der Oberbürgermeisterin angebunden ist, wird zum einen dem hohen Stellenwert, den die Oberbürgermeisterin den Themen Integration und Vielfalt beimisst, Rechnung getragen, zum anderen werden wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, die Anforderung dieser Querschnittsaufgabe stärker im Verwaltungshandeln zu platzieren.

Von der direkten Anbindung im Dezernat der Oberbürgermeisterin, den neu geschaffenen organisatorischen Rahmenbedingungen und einer zugewiesenen Steuerungsfunktion für die Gesamtverwaltung werden sowohl die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, das Aufgabenfeld des Behindertenbeauftragten als auch die Dienststelle Diversity in ihrer Gesamtheit profitieren.

**Dr. Klein i.V. für Dr. Rau**